

Interview
01.Juni 2022

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Sergej Lagodinsky

Dirk-Oliver Heckmann: Fünf Sanktionspakete hatte die Europäische Union gegen Russland bereits verhängt. Beim sechsten war es eine schwierige Geburt. Kein Wunder, ging es doch um einen Boykott russischen Öls, von dem einige Länder der EU extrem abhängig sind. Ungarn blockierte eine ‚Einigung und forderte millionenschwere Hilfen aus Europa. Am Ende kam es bekanntlich zu einem Kompromiss. Die Einfuhr russischen Erdöls wird ab Ende des Jahres eingestellt, allerdings nur die Lieferung über Tankschiffe, die zwei Drittel der Öllieferungen ausmachen. Die Versorgung über die Pipeline Druschba, die Deutschland, Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei versorgt, soll vorerst weitergeführt werden. Weil Deutschland und Polen bis Ende des Jahres aussteigen wollen, wären immerhin 90 Prozent der Öllieferungen von dem Boykott betroffen. Darüber können wir jetzt sprechen mit Sergej Lagodinsky. Er ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, außerdem Abgeordneter im Europaparlament. – Guten Morgen!

Sergej Lagodinsky: Schönen guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Lagodinsky, der „Spiegel“ titelte gestern, ein Boykott, der keiner ist. Sehen Sie das auch so?

Lagodinsky: Das sehe ich differenzierter. Es war in der Tat ein Gewürge, wie Robert Habeck das genannt hat, aber ich würde schon sagen, dass es ein Gewürge mit einem happy end gewesen ist. Das Endergebnis ist ein anständiges Ergebnis. Wenn wir tatsächlich es schaffen, bis Ende des Jahres 90 Prozent der Ölimporte aus Russland zu unterbinden, dann haben wir schon Großes erreicht. Und ja, die Entscheidungsfindung in der EU ist kein Spaziergang, und je wichtiger die Wirtschaftserwägungen sind, die, muss man sagen, auch zum Teil überlebenswichtige Wirtschaftserwägungen sind für Mitgliedsstaaten, desto schwieriger wird es, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Wir sind aber auf einen gemeinsamen Nenner gekommen und das ist das Wichtigste.

Heckmann: Aber Ende des Jahres, ist das nicht viel zu spät für die Ukraine?

Lagodinsky: Selbstverständlich. Die Position des Europäischen Parlaments ist, dass wir das sofort machen müssen, und das haben wir auch unterstützt. Aber die Exekutive hat natürlich auch noch andere Erwägungen und da muss man alles zu einem Ausgleich bringen. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass wir bis Ende des Sommers einen wirksamen Boykott einführen. Wenn es aber keine Einigkeit gibt, dann muss man dem auch Rechnung tragen. Ich habe ganz große Probleme mit dem ungarischen Chef Orbán bei sehr vielen Fragen. Ich finde es aber wichtig, dass er hier keine sachfremden Erwägungen ins Feld geführt hat. Wir haben große Probleme mit seinem Demokratieabbau. Wenn ich das aber sehe als Ergebnis, dann war das gar nicht Teil des Deals. Er hat nicht darauf bestanden, dass er etwa mit

sanfteren Handschuhen berührt wird, behandelt wird in anderen Bereichen. Er hat Bedenken wegen Ölabhängigkeit und diesen Bedenken wurde Rechnung getragen. Das Problem, was ich hier sehe an dieser Stelle, ist, dass es da nicht mal Bemühungen geben wird für Ungarn, langfristig auszustiegen. Das heißt, das ist eine dauerhafte Ausnahme. Das ist ein Problem. Das müsste man angehen.

Heckmann: Wobei die EU-Kommission von einer Übergangslösung spricht, ohne allerdings eine Frist zu setzen. Zu Viktor Orbán kommen wir aber gleich noch mal. Ich möchte noch mal bei dem Boykott selber bleiben, bei dem Teilboykott. Experten sagen jetzt, Russland könnte das Öl, das nicht nach Europa gebracht wird, woanders hinliefern. China und Indien sind Adressen. Sehen Sie diese Gefahr?

Lagodinsky: Ja, ich sehe diese Gefahr, und deswegen schaue ich nicht nur und nicht so sehr auf Ungarn bei dieser Lösung, sondern ein mindestens genauso großes Problem ist, dass Griechenland das Verbot der Ölverschiffung durch europäische Reedereien und Öltanker verhindert hat. Russland hat jetzt schon seine Ölexporte nach Asien zum Teil umorientiert. Ungefähr die Hälfte, mehr als die Hälfte geht jetzt nach Asien. Das ist nur möglich nicht über Pipelines, sondern über Öltanker. Die meisten Öltanker sind knapp und die meisten oder sehr viele sind europäisch, und es wäre wichtig gewesen, dass wir hier sagen, okay, wenn wir tatsächlich die Ölexporte von Russland verhindern wollen, oder zumindest einschränken wollen, dann gibt es auch ein Verbot für Ölverschiffung. Das hat Griechenland verhindert und das halte ich für ein viel größeres Problem, ehrlich gesagt, als die zwölf Prozent der Bedarfe, die Ungarn für sich ausbedungen hat.

Heckmann: Das war ja der Vorschlag der EU-Kommission, auch den Transport russischen Öls zu verbieten. Griechenland und Zypern sind da auf die Bremse getreten. Stattdessen sieht es jetzt so aus, dass die Rückversicherung solcher Transporte verboten werden soll. Ist das aus Ihrer Sicht eigentlich ein wirksames Instrument, denn Rückversicherer gibt es ja auch außerhalb der EU, oder?

Lagodinsky: Ja, genau das ist das Problem, und deswegen sage ich, wir sollten nicht nur fixiert auf Orbán bei aller Problematik schauen, sondern auf diese Länder. Aber wie gesagt, das kennen wir. Wir sehen, die EU ist kein zentraler Staat, und man muss jonglieren, um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen. An dieser Stelle, finde ich, ist dieser Kompromiss schwach und viel problematischer als an anderen Stellen, aber dieser Kompromiss erlaubt uns eine Sache. Wir werden zum Ende des Jahres zu 90 Prozent unabhängig sein von russischen Ölimporten und das erlaubt uns auch strategisch viel größere Freiräume. Wir sind ein Stück weniger erpressbar von Moskau.

Heckmann: Der Außenbeauftragte der EU, Josep Borrell, und der Ratspräsident, Charles Michel, die hatten auch das Argument genutzt, dass mit diesem Teilboykott die Kriegsfinanzierung in Russland gestoppt würde. Aber es ist ja so, dass die russischen Soldaten in Rubel bezahlt werden, ebenso die Waffenproduktion in Russland, und Rubel drucken kann die Zentralbank in Moskau ohne Ende. Insofern: Ist das nicht ein Argument, das überhaupt gar nicht zieht?

Lagodinsky: Ich teile dieses Argument auch gar nicht. Das wissen wir nicht, inwiefern es tatsächlich zum Kriegsstopp kommen würde, wenn wir Importe stoppen. Für mich ist wichtig, dass wir eine strategische Unabhängigkeit in unserem Handeln,

in unserem Beschließen, Unabhängigkeit von Moskau wieder zurückerlangen. In diese Abhängigkeit haben uns mehrere Vorgängerregierungen hineinmanövriert. Wir haben auch große Probleme mit Raffinerien wie Schwedt, die wir kurz vor dem Krieg praktisch an den russischen Eigner Rosneft übergeben haben. Unsere Gasspeicher waren an Gazprom übergeben und unsere Abhängigkeit von Öl und Gas besteht weiterhin. Das müssen wir alles massivst reduzieren, wenn wir nicht ständig ...

Heckmann: Aber ein Gasboykott ist derzeit nicht Thema und auch aus deutscher Perspektive wird das nicht auf die Agenda gesetzt.

Lagodinsky: Genau. Aber darauf wird hingearbeitet und auch deswegen bin ich der Meinung, dass wir im Gegensatz zur ungarischen Lösung nicht sagen, wir steigen gar nicht aus, sondern wir steigen aus und daran wird sehr intensiv gearbeitet, gerade vom Bundeswirtschaftsministerium. Da brauche ich Robert Habeck nicht zu zitieren, das wissen alle. Aber gerade deswegen würde ich jetzt auch auf Ungarn nicht ständig von oben herabschauen. Ungarn ist zu 60 Prozent vom Öl abhängig, genauso wie wir zu 55 Prozent vom Gas abhängig waren bis noch vor kurzem, und ich habe Verständnis dafür, dass ein solches Land, was keinen Zugang zu Weltmeeren hat, dann auch Erleichterungen braucht. Es wäre gut, wenn diese Erleichterung, diese Ausnahme nur vorübergehend da ist, und es ist wichtig, dass Deutschland im Bereich Öl – da haben wir teilweise Lösungen -, dass Deutschland hier nicht im Windschatten des ungarischen Widerstandes für sich eine dauerhafte Ausnahme in Anspruch genommen hat, sondern sagt, genauso wie Polen, bis Ende des Jahres steigen wir trotzdem aus der Ölversorgung aus Russland aus. Das ist ein wichtiger Schritt, wenn auch vielleicht nicht so früh, wie das Europäische Parlament es sich wünscht.

Heckmann: Das werden wir sehen, ob es dazu kommt. Im Moment gibt es dafür wohl keine Anzeichen. Der Fraktionschef der EVP, Manfred Weber, der jetzt auch Chef der EVP-Parteienfamilie ist, der hat uns gestern, Herr Lagodinsky, im Deutschlandfunk ein Interview gegeben und hat sich auch zu Orbán und Ungarn geäußert. Hören wir mal rein:

O-Ton Manfred Weber: „Ich bin nicht mehr bereit, dass wir uns von einem einzigen Land in der EU dann stoppen lassen. Wenn die EU handeln will, muss sie handeln. Deshalb muss die Einstimmigkeit abgeschafft werden und endlich die Mehrheitsentscheidung angewandt werden, wie das in anderen EU-Politiken bereits heute der Fall ist, wo wir dann auch erfolgreich sind.“

Heckmann: Weber will die Einstimmigkeit in diesen Fragen abschaffen. Ist da nicht der Wunsch Vater des Gedankens, denn für eine Abkehr von der Einstimmigkeit müssten auch Länder wie Ungarn beispielsweise zustimmen?

Lagodinsky: Genau, und deswegen würde ich hier an dieser Stelle sagen, dass es legitime Interessen von Ungarn gibt oder von anderen Ländern gibt, auch als Minderheit eine Stimme zu haben und Mitentscheidung zu haben. Wenn wir diesen Ländern vermitteln, dass wir auch auf ihre Interessen ausreichend Rücksicht nehmen, auch dann, wenn wir eine Einstimmigkeit abschaffen, dann können wir auch dazu irgendwann kommen, dass diese Länder dieser Abschaffung der Einstimmigkeit zustimmen. Es darf nicht passieren, dass kleinere Länder ihre Interessen vernachlässigt sehen, aber daran arbeiten wir, dass dies trotzdem ...

Heckmann: Das glauben Sie, dass Sie die Möglichkeit haben, Ungarn davon zu überzeugen?

Lagodinsky: Da müssen wir dran arbeiten. Sie sehen ja, wir haben auch an dieser Stelle Ungarn beziehungsweise die EU hat an dieser Stelle Ungarn überzeugt. Wir haben an anderen Stellen auch Situationen gehabt, wo Zypern zum Beispiel Entscheidungen blockiert hat. Ich erinnere an Sanktionen gegenüber Belarus, was Zypern aus ganz anderen Gründen blockiert hatte. Trotzdem wurde da eine Einigung gefunden. Auch bei der Frage der Abschaffung der Einstimmigkeit kann man diese Länder überzeugen. Wir müssen nur einen guten richtigen Weg finden und denen auch signalisieren, dass ihre Interessen auch in diesem Falle von den Großen nicht übersehen werden. Dafür brauchen wir kreative Lösungen und daran wird gearbeitet. Ich bin gespannt. Ich hoffe, dass es klappt.

Heckmann: Kreative Lösungen, das sind dann Millionen-Zahlungen oder Milliarden-Zahlungen aus Brüssel möglicherweise?

Lagodinsky: Das muss man schauen. Wichtig ist, dass wir uns auch von Ländern wie Ungarn nicht bei anderen Sachen, Stichwort Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, erpressen lassen, und da freue ich mich, dass es hier offensichtlich nicht gelungen ist, dass Ungarn nicht gesagt hat, okay, ihr lasst dann, sagen wir, das Artikel sieben Verfahren gegen uns oder Strafverfahren im Rahmen der Konditionalität gegen uns fallen, liebe EU, dann stimmen wir dem Ölboykott zu. Das ist offensichtlich nicht geschehen und das, finde ich, ist schon wichtig. Wir haben verschiedene Diskussionsebenen. Eine Diskussionsebene ist Sanktionen und Vorgehen gegen Russland. Eine andere ist, da wo wir sehr hart bleiben, der Abbau der Demokratie in Ungarn. Da müssen wir weiterhin aktiv bleiben und die EU-Kommission ist da auch aktiv.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.